



LICHTENBERGER REGISTER

ZUR ERFASSUNG EXTREM RECHTER UND DISKRIMINIERENDER VORFÄLLE IM BEZIRK

In Trägerschaft der:



Das Lichtenberger Register im Jahr 2024 Erstarkende neonazistische Jugendkultur, Einschüchterungsversuche gegen Jugendfreizeit- einrichtungen und steigende rassistische Übergriffe

Im Jahr 2024 wurden dem Lichtenberger Register 723 diskriminierende und extrem rechte Vorfälle gemeldet – ein Anstieg um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr und damit ein neuer Höchststand. Hauptsächlich lässt sich dieser Anstieg auf die verstärkte Verbreitung extrem rechter Propaganda zurückführen, was auf eine zunehmende Aktivität entsprechender Gruppen und Akteur*innen in Lichtenberg hindeutet. Besonders auffällig waren dabei die Aktivitäten neonazistischer Jugendgruppen, die immer selbstbewusster in der Öffentlichkeit auftreten – sei es durch Kampfsporttrainings oder Propaganda-Aktionen vor Schulen.

Die meisten dokumentierten Vorfälle richteten sich gegen Personen und Orte, die von Akteur*innen der extremen Rechten als politische Gegner*innen wahrgenommen wurden, darunter auch mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen in Neu-Hohenschönhausen.

Gleichzeitig kam es zu einem starken Anstieg rassistischer Gewalttaten, bei denen in mehreren Fällen auch Kinder und Jugendliche betroffen waren. Diese Entwicklung ist als Folge eines breit geführten rassistischen gesellschaftlichen Dis-

kurses zu sehen, der in Lichtenberg insbesondere in der Debatte um eine neue Geflüchtetenunterkunft sichtbar wurde. Zudem nahm der Anteil von Frauen und nicht-binären Personen als Betroffene von Gewalt zu. In zwei Dritteln der dokumentierten Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen, bei denen das Geschlecht der Betroffenen bekannt war, handelte es sich um diese Betroffenenengruppen. Dies weist darauf hin, dass extrem rechte und diskriminierende Vorfälle auch eine vergeschlechtlichte Komponente aufweisen, wenn beispielsweise muslimischen Frauen das Kopftuch heruntergerissen wird oder Antifaschistinnen durch Neonazis als „F*****“ beleidigt werden.

Die dokumentierten Vorfälle zeigen jedoch nur einen Teil der Realität – viele Vorfälle bleiben unbemerkt oder werden nicht gemeldet. In manchen Feldern ist deswegen von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Jenseits der dokumentierten Fallzahlen liefert der Bericht auch Hintergrundinformationen und tieferegehende Analysen zu den lokalen Entwicklungen.



Motiv der Vorfälle:

Politische Gegner*innen

Erstmals war „Politische Gegner*innen“ im Jahr 2024 das am häufigsten erfasste Vorfallesmotiv. Dies ist in dem starken Anstieg extrem rechter Propaganda mit 226 dokumentierten Vorfällen begründet. Eine mögliche Erklärung ist das Erstarken einer neonazistischen Jugendkultur in Lichtenberg und darüber hinaus. Extrem rechte Gruppen und Einzelpersonen nutzen Aufkleber und Graffiti, um sich von Antifaschist*innen und alternativen Jugendkulturen abzugrenzen und diese als Feindbild zu markieren. Weiterhin ist ein deutlicher Anstieg der Bedrohungen gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten zu verzeichnen (2023: 8, 2024: 14). So wurden im Januar zwei Personen, die einen Anti-Nazi-Patch trugen, von Neonazis mit Schlägen bedroht und über zwei Tramstationen hinweg verfolgt.

Die entschiedene Zurückweisung rechter Ideologien durch Antifaschist*innen, soziale Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen wirkt der Organisation neonazistischer Strukturen entgegen. Gleichzeitig geraten demokratische Akteur*innen auch verstärkt ins Visier rechter Angriffe und Bedrohungen.

Rassismus

Die Zahl rassistisch motivierter Vorfälle ist deutlich gestiegen (2023: 152, 2024: 204). Besonders hoch ist der Anstieg rassistischer Gewalttaten (2023: 13, 2024: 23). Kein anderes Vorfallesmotiv betraf dabei so häufig auch Kinder und Jugendliche: In 13 Fällen wurden sie aus rassistischen Motiven bedroht, beleidigt oder körperlich angegriffen.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Täter*innen durch rassistische Narrative bestärkt fühlen, die im gesellschaftlichen Diskurs rund um Flucht und Migration zunehmend an Bedeutung gewinnen. In Lichtenberg zeigte sich dies besonders in der Debatte um die Eröffnung einer neuen Unterkunft für Geflüchtete. Durch Kundgebungen, Flyer-Aktionen und mediale Berichterstattung wurden Ängste und Ressentiments geschürt, indem Geflüchteten die Schuld an sozialen Missständen zugeschrieben wurde. Auch im Rahmen einer von der AfD initiierten BVV-Sondersitzung kam es zu Wortbeiträgen, die versuchten Geflüchtete in einen Zusammenhang mit Kriminalität, Armut und Wohnungsmangel zu rücken. Diese Stimmung äußerte sich ebenfalls in wiederholten Steinwürfen auf eine Unterkunft für geflüchtete Familien und einem großen „Das Boot ist voll“-Graffiti an der neuen Einrichtung. Sie mündete aber auch in körperlichen Angriffen. So wurde eine 19-Jährige in einem Bus in Karlshorst von einer Frau rassistisch beleidigt. Die Angreiferin forderte sie auf, in ihr Heimatland zurückzukehren, zog sie an den Haaren und stieß sie zu Boden, sodass sie stürzte und sich an der Hand verletzte.

Das Berliner Register

Die Berliner Register dokumentieren diskriminierende und extrem rechte Vorfälle in den Berliner Bezirken. Erfasst werden Vorfälle, die rassistisch, antiziganistisch, antisemitisch, antifeministisch, LGBTIQ*-feindlich, behindertenfeindlich oder extrem rechts motiviert sind. So wird Diskriminierung im Alltag sichtbar gemacht. Die Auswertungen der Registerstellen helfen, Verbündete zu finden und gegen Ausgrenzung und diskriminierende Gewalt vorzugehen. Sie geben außerdem Einblicke in die Aktivitäten der extremen Rechten.

Das erste Register wurde 2005 in Pankow gegründet, Lichtenberg folgte 2006 und seit 2016 gibt es in allen Berliner Bezirken eine Registerstelle. Das Lichtenberger Register wird finanziert durch die Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Gemeint sind Vorfälle gegen homo- und bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen. LGBTIQ steht für Lesbian-Gay-Bi-Trans-Inter-Queer und das Sternchen schließt weitere Geschlechter und Sexualitäten mit ein.

Lichtenberger Register
Einbecker Straße 85, 10315 Berlin

Web: www.berliner-register.de/lichtenberg
Mail: lb@berliner-register.de
Facebook: Lichtenberger Register
Bluesky: @liregister.bsky.social
Telefon: 030 - 505 665 18
Mobil: 017616371635
Stand: 24. März 2025
Gestaltung: Michael Mallé

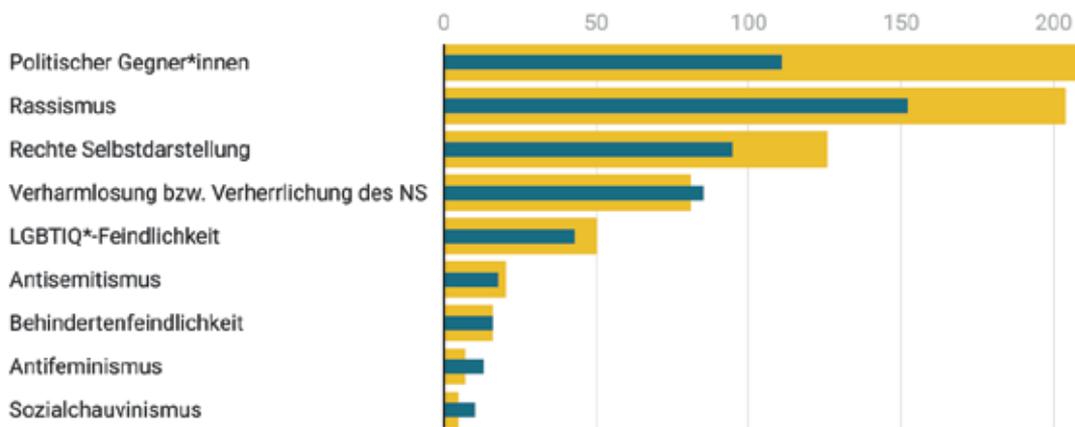
Gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.
In Trägerschaft der pad gGmbH.



V.i.S.d.P. Andreas Wächter (pad gGmbH), Kastanienallee 55, 12627 Berlin

Vorfälle nach Motiv

2024 2023



Created with Datawrapper

Rechte Selbstdarstellung

Extrem rechte Gruppierungen zeigten in Lichtenberg durch verschiedene Aktivitäten ihre Präsenz. So führte die „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ), der Jugendverband der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“, beispielsweise im Stadtpark Lichtenberg und auf einem öffentlichen Basketballplatz an der Landsberger Allee Kampfsporttrainings durch. Diese Trainings dienen zum einen der Vorbereitung der Mitglieder der NRJ auf körperliche Auseinandersetzungen auf der Straße, zum anderen sollen sie auch öffentlichkeitswirksam Sichtbarkeit entfalten, um neue Mitglieder zu gewinnen und politische Gegner*innen einzuschüchtern.

Zur Rekrutierung neuer Mitglieder setzten extrem rechte Gruppierungen in Lichtenberg auch auf Flyer-Aktionen und Graffiti. Besonders häufig wurden Aufkleber verwendet, um die eigene Gruppierung zu bewerben und den öffentlichen Raum zu kennzeichnen. In 102 Fällen wurden dem Lichtenberger Register Aufkleber gemeldet, die extrem rechte Gruppierungen wie den III. Weg bewarben, in 16 weiteren Fällen Graffiti und Flyer.

Verharmlosung/Verherrlichung des NS

Die Zahl der gemeldeten Vorfälle, bei denen der Nationalsozialismus verharmlost oder verherrlicht wurde, blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant (2023: 85, 2024: 81). In 32 Fällen wurden Hakenkreuze im öffentlichen Raum angebracht beispielsweise an Stromkästen, Laternenpfählen oder Regenrinnen. In sechs dieser Fälle diente diese jedoch auch der Feindmarkierung beispielsweise an Jugendfreizeiteinrichtungen, auf Wahlplakaten oder an einem linken Hausprojekt. Die Zahl der Vorfälle, bei denen der Hitlergruß gezeigt und/oder nationalsozialistische Parolen gerufen wurden, ist von 6 auf 12 gestiegen.

In zwei dieser zwölf Fälle stammten die Parolen von Fans des BFC Dynamo. So rief eine Gruppe von etwa zehn Männern und einer Frau im November abends am S-Bahnhof Landsberger Allee „Sieg Heil“ und „Dynamo“. Insgesamt dokumentierte das Lichtenberger Register sechs Bedrohungen und einen Angriff aus der Fanszene des BFC Dynamo, dessen Heimspielstätte sich in Hohenschönhausen befindet.

LGBTIQ*-Feindlichkeit

Seit mehreren Jahren lässt sich ein berlinweiter Anstieg queerfeindlicher Vorfälle beobachten. Extrem rechte Akteur*innen nutzen das Thema seit Jahren gezielt, um

queerfeindliche Positionen spektrenübergreifend zu verankern. Die steigenden Fallzahlen können als eine direkte Folge dieser Strategie gesehen werden. In Lichtenberg zeigt sich das insbesondere durch eine Zunahme LGBTIQ*-feindlicher Angriffe, bei denen vor allem trans Frauen betroffen waren. In 11 Fällen wurden Personen, die als queer erkennbar waren, beleidigt oder bedroht, oft im Vorbeifahren. Auch von jungen Neonazis geht hierbei die Gewalt aus. So wurde in der U5 zwischen den Stationen Lichtenberg und Tierpark einer Person, die einen Button mit einer Regenbogenflagge an ihrer Jacke trug, von drei jungen Neonazis Gewalt angedroht. Aus Sicht der Betroffenen ist davon auszugehen, dass es sich um organisierte Neonazis handelte, die der NRJ zuzuordnen sind.

Zudem kam es zu Sachbeschädigungen an Pride-Flags oder Gegenständen mit Regenbogenmotiven. In drei Fällen wurden Eier auf Regenbogenfahnen geworfen. Auch die Propaganda der extremen Rechten nimmt queere Themen verstärkt in den Fokus. Durch Aufkleber und Flyer werden LGBTIQ*-feindliche Inhalte verbreitet, häufig mit emotionalisierenden Themen wie Familie und Kinder, um queere Lebensweisen abzuwerten und als gefährlich darzustellen. Queere Menschen werden hierbei immer häufiger auch als politische Gegner*innen der extremen Rechten adressiert. Dies zeigt sich beispielsweise in der Bildsprache extrem rechter Propaganda, bei der immer häufiger durchgestrichene Regenbogenfahnen zusammen mit durchgestrichenen Antifa-Symbolen und Slogans wie „Zecken boxen!“ abgebildet sind.

Antisemitismus

Mit 20 dokumentierten Vorfällen blieb die Zahl der antisemitischen Fälle auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (2023: 18). Die berlinweit dokumentierte massive Zunahme antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober 2023 zeigt sich in Lichtenberg nicht. Nach wie vor liegen die Vorfälle im berlinweiten Vergleich auf einem niedrigen Niveau.

Der leichte Anstieg gegenüber dem Vorjahr betrifft ausschließlich die Zahl dokumentierter Aufkleber und Schmierereien (2023: 10, 2024: 14). In der Hälfte dieser Fälle handelte es sich um israelbezogenen Antisemitismus.

Obwohl die jüdische Community in Lichtenberg nur wenig sichtbar ist, kommt es immer wieder zu antisemitischen Bedrohungen und Pöbeleien. So beleidigte ein Zuschauer bei einem Regionalligaspiel gegnerische Fans mit

den Worten „Scheiß Juden“ und „Juden, Juden“. Zudem wurden drei Fälle von Sachbeschädigung dokumentiert, darunter an einem Stolperstein im Weißenseer Weg, der an Schmul Franz Switytzki erinnert.

Antifeminismus

Antifeministische Vorfälle machen weiterhin nur einen kleinen Teil der dokumentierten Fälle aus. Zudem sind die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen (2023: 13, 2024: 7). Dokumentiert wurden ausschließlich Aufkleber, die sich gegen geschlechtergerechte Sprache richteten.

Geschlechtergerechte Sprache, auch Gendern genannt, ist ein Mittel zur Sichtbarmachung von Frauen und nicht-binären Personen in der Sprache. Die Ablehnung des Genderns ist häufig eingebettet in eine allgemeine Kritik an feministischen Anliegen, die als „übertrieben“ oder „unnötig“ abgewertet werden. Rechte und konservative Akteur*innen instrumentalisieren das Thema gezielt, um eine vermeintliche „Sprachpolizei“ oder „Umerziehung“ zu skandalisieren und über dieses Thema eine bereitere Anschlussfähigkeit auch für nicht-rechte Milieus herzustellen.

Feindschaft gegen obdachlose Menschen/Sozialchauvinismus

Eine Gedenkplakette, die an einen verstorbenen obdachlosen Menschen erinnerte, wurde im Vorjahr mehrfach mit Farbe beschmiert. Da die Plakette schließlich gewaltsam entfernt wurde, sind die dokumentierten obdachlosenfeindlichen Sachbeschädigungen 2024 stark zurückgegangen (2023: 5, 2024: 1). Die wiederholte Beschädigung der Plakette im Jahr 2023 verdeutlicht, wie

tief die Abwertung obdachloser Menschen verwurzelt ist – so sehr, dass sie selbst über den Tod hinaus nachwirkt. Dies zeigte sich im März 2024 auch in der Beschädigung der Gedenktafel für Kurt Schneider, der im Jahr 1999 von Neonazis ermordet wurde. Die Tafel wurde mit extrem rechten Aufklebern verunstaltet. Die Ablehnung, Ausgrenzung und Verdrängung obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum sind alltägliche Phänomene. Im Jahr 2024 dokumentierte das Lichtenberger Register in zwei Fällen die (gewaltsame) Entfernung obdachloser Menschen aus Einkaufszentren. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer solcher Vorfälle weitaus höher liegt.

Behindertenfeindlichkeit/Ableismus

Menschen mit Behinderung stoßen immer wieder auf Barrieren, die ihre gleichberechtigte Teilhabe erschweren. So konnte sich beispielsweise eine behinderte Person in einer Arztpraxis in Lichtenberg nicht untersuchen lassen, weil keine höhenverstellbare Liege vorhanden war und musste eine andere Praxis aufsuchen.

Auch bei der Wohnungssuche gibt es Probleme: Eine behinderte Person fand in Lichtenberg keine barrierefreie Wohnung, da es an struktureller Unterstützung fehlte. Betroffene berichten, dass städtische Wohnungsbaugesellschaften die Bedarfe von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nicht ausreichend berücksichtigen, sodass barrierefreie Wohnungen auch an Personen vergeben werden, die nicht darauf angewiesen sind.

Für viele Betroffene sind solche Erfahrungen alltäglich. Die Zahl der dokumentierten behindertenfeindlichen bzw. ableistischen Vorfälle blieb mit 16 Fällen im Vergleich zum Vorjahr konstant. Es ist jedoch von einer größeren Dunkelziffer auszugehen.



Exkurs

Neonazistische Jugendkultur

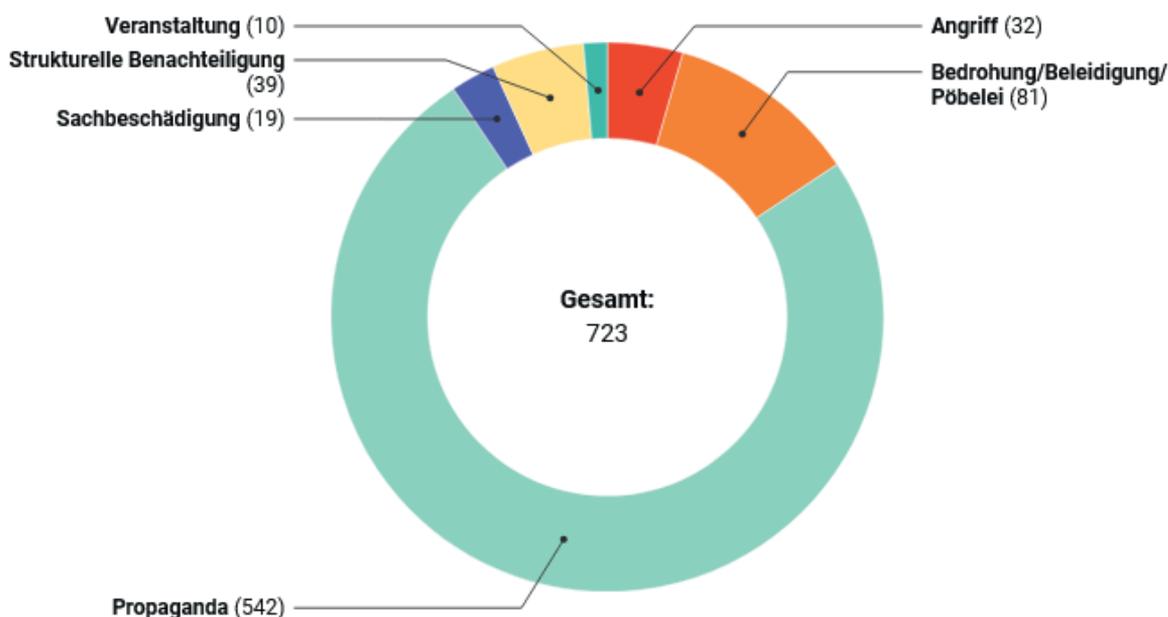
Das Erstarken extrem rechter Positionen zeigt sich auch in der zunehmenden Etablierung einer neonazistischen Jugendkultur. In Lichtenberg hat die Präsenz extrem rechter Jugendgruppen stark zugenommen. So führte die Nationalrevolutionäre Jugend (NRJ) öffentlichkeitswirksame Aktionen durch, darunter Kampfsporttrainings und Propagandaaktionen.

Neben formellen Gruppen wie der NRJ entstanden auch lose Netzwerke extrem rechter Cliques, die gewaltbereit und neonazistisch auftreten und sich am „Skinhead-Look“ der 1990er orientieren. Eine dieser Cliques, „Deutsche Jugend Voran“ (DJV), war zunächst im digitalen Raum aktiv, trat aber 2024 auch auf den Straßen auf, etwa bei Störaktionen gegen die Christopher-Street-Day-Demonstrationen in Berlin und Brandenburg. Im Oktober und Dezember 2024 veranstalteten sie ihre ersten eigenen Demonstrationen in Marzahn-Hellersdorf und Friedrichshain. In diesem Zusammenhang kam es auch zu Gewaltvorfällen gegen Antifaschist*innen in Lichtenberg. So wurde eine Person mit Antifa-Aufnehmern auf der Jacke von einer Gruppe von 20 verummten Neonazis in der S7 zwischen Friedrichsfelde Ost und Bahnhof Lichtenberg angegriffen. Die Angreifer überklebten die Kameras, schlugen auf den Betroffenen ein und forderten die Herausgabe der Jacke. Nur das Eingreifen anderer Fahrgäste konnte den Angriff stoppen.

Die Präsenz solcher Jugendcliques in Lichtenberg stellt eine konkrete Bedrohung für alle dar, die nicht ins extrem rechte Weltbild passen, besonders für das direkte Umfeld der Jugendlichen – meist andere Jugendliche. Es gilt, diese zu stärken und vor rechten Bedrohungen zu schützen. Wichtig ist jedoch, dass extrem rechte Ideologien kein ausschließliches Jugendphänomen sind. Das zeigen auch die vom Register dokumentierten Angriffe und Beleidigungen, die von Personen unterschiedlichster Altersgruppen ausgehen. Nur in wenigen Fällen sind die Täter*innen der neonazistischen Szene zuzuordnen.

Vorfälle nach Art

Lichtenberg 2024



Source: Berliner Register • Get the data • Created with Datawrapper

Art der Vorfälle:

Propaganda

Die Zahl der gemeldeten Propaganda-Vorfälle ist im Jahr 2024 deutlich angestiegen (2024: 560, 2023: 391). Insbesondere der Anteil von Aufklebern und Graffiti, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richten, hat zugenommen und sich mit 208 Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (2023: 98). Mehr als ein Drittel der dokumentierten Propaganda-Vorfälle richtete sich gegen Antifaschist*innen, demokratische Parteien und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Dabei wurde häufig auf neonazistische Codes zurückgegriffen. Neu in diesem Kontext ist die häufige Nutzung des Zahlencodes „1161“, der für „Anti-Antifaschistische Aktion“ steht. Die meisten dokumentierten Aufkleber stammen aus extrem rechten Online-Versandhandeln. Zudem wurde vermehrt der Einfluss eines neuen Versandhandels sichtbar, der in Verbindung mit neonazistischen Jugendgruppen steht und von einem jungen Aktivisten der NRJ betrieben wird. Auch die Werbung für die NRJ sowie für den „III. Weg“ blieb auf einem hohen Niveau.

Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien

Im Juni wurde eine vietnamesische Frau vor einem Supermarkt in der Bernard-Bästlein-Straße gegen 12:00 Uhr mittags massiv rassistisch bedroht. Ein etwa 50-jähriger Mann lief an ihr vorbei, spuckte demonstrativ vor ihr auf den Boden und beleidigte sie rassistisch. Dann formte er mit der Hand eine Schusswaffengeste und zielte auf die Frau. Doch damit nicht genug: Er kehrte zurück, um sie erneut zu beleidigen und zu bedrohen. Solche Vorfälle gehören für viele Menschen in Lichtenberg zum Alltag. Das Lichtenberger Register dokumentiert fast jeden vierten Tag eine Bedrohung oder Beleidigung mit diskriminierender Motivation. Das Hauptmotiv war dabei wie in den Vorjahren Rassismus. Oft geschehen diese Angriffe plötzlich, wenn Betroffene und Täter*innen im öffentlichen Raum aufeinan-

dertreffen – sei es im Supermarkt, an der Bushaltestelle oder im Schwimmbad.

Mit 82 dokumentierten Fällen sind die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2023: 68). Besonders rassistische Anfeindungen sowie Beleidigungen und Bedrohungen gegen Antifaschist*innen und andere politische Gegner*innen der extremen Rechten haben zugenommen.

Angriffe

Die Zahl der dokumentierten Angriffe ist im Vergleich zum Vorjahr von 19 auf 32 gestiegen, was bedeutet, dass in Lichtenberg etwa alle 11 Tage eine Person aus diskriminierender Motivation körperlich angegriffen wird. Besonders besorgniserregend ist, dass in fünf Fällen Waffen wie Glasflaschen, Quarzsandhandschuhe oder Reizgas gegen die Betroffenen eingesetzt wurden. Die Zahl der rassistisch motivierten Angriffe hat sich mit insgesamt 22 Fällen beinahe verdoppelt, ebenso wie die LGBTIQ*-feindlichen Angriffe, bei denen in fünf Fällen queere Menschen verfolgt, geschlagen, getreten, bespuckt oder mit Wasser übergossen wurden.

Hinter diesen Zahlen stehen konkrete, oft traumatische Schicksale, die die Lebensqualität der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Beratungsstellen bieten wertvolle Unterstützung und helfen, das Erlebte zu verarbeiten.

Die meisten Angriffe ereigneten sich spontan, etwa ein Drittel in Bahnhöfen, an Haltestellen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein Beispiel ist ein Vorfall im September am S-Bahnhof Nöldnerplatz, als ein weißer Mann eine Frau of Color rassistisch beleidigte und mit Schlägen bedrohte. Weitere Personen wurden von ihm schwulenfeindlich als „Schwuchtel“ beleidigt. Dieses Beispiel zeigt, dass oft mehrere diskriminierende Einstellungen gleichzeitig zum Tragen kommen und verbale Beleidigungen oft der körperlichen Gewalt vorausgehen. Daher ist es wichtig, bereits bei solchen Beleidigungen einzugreifen, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

Sachbeschädigung

Nachdem die Zahl extrem rechter Sachbeschädigungen in den Jahren 2021 und 2023 stark angestiegen waren, sind sie 2024 mit 18 dokumentierten Vorfällen wieder auf das Niveau der Vorjahre gesunken. Während die Taten 2021 und 2023 vor allem im Zusammenhang mit den Wahlen zum Bundestag bzw. zum Berliner Abgeordnetenhaus standen oder sich gegen Gedenkort richteten, waren sie 2024 überwiegend rassistisch und LGBTIQ*-feindlich motiviert.

So wurde beispielsweise ein rassistisches „Das Boot ist voll“-Graffiti an eine neu eröffnete Geflüchtetenunterkunft gesprüht. In vier Fällen wurden Steine auf Container geworfen, in denen geflüchtete Familien leben. Zudem wurde der Gebetsraum an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Karlsruher, der vor allem von muslimischen Studierenden genutzt wird, mutwillig zerstört.

Die fünf LGBTIQ*-feindlichen Sachbeschädigungen richteten sich vor allem gegen Regenbogenfahnen – das Symbol der queeren Community. Es steht für Vielfalt, Gleichberechtigung und die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten – und damit im direkten Widerspruch zu extrem rechten Weltanschauungen, die ein biologistisches und heteronormatives Geschlechterverständnis propagieren.

Strukturelle Diskriminierung

Das Lichtenberger Register erhält Informationen über strukturelle Diskriminierungen vor allem von communityspezifischen Beratungs- und Dokumentationsstellen wie Fair Mieten – Fair Wohnen, der Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) oder der Lichtenberger Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Durch diese Kooperationen bekommt das Register Einblicke in Lebensbereiche wie Wohnen, Bildung oder Behördengänge, in denen Menschen an Teilhabe gehindert und benachteiligt werden. Ein Schwerpunkt liegt auf rassistischen und behindertenfeindlichen Vorfällen,

was durch die engen Kooperationen mit den genannten Stellen begründet ist. Diese machen 37 der 39 dokumentierten Fälle aus. In zehn dieser Fälle kam es zu Benachteiligungen durch Behörden, insbesondere bei rumänischen Personen, die beim Jobcenter Leistungen beantragten und antiziganistisch diskriminiert wurden. Beispielsweise wurden die Leistungen einer rumänischen Bürgergeldbezieherin eingestellt, da sie bestimmte Nachweise nicht erbracht hätte, die jedoch für den Anspruch gar nicht relevant waren. In sieben Fällen wurden Menschen bei der Wohnungssuche oder in ihrem Mietverhältnis rassistisch diskriminiert.

Veranstaltungen

Nachdem die Zahl extrem rechter und diskriminierender Veranstaltungen seit den rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete 2015 und 2016 stark rückläufig war, ist 2024 wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Dies lässt sich vor allem durch die verstärkte Aktivität der neonazistischen Jugendgruppe „NRJ“ und der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) erklären. In vier Fällen führte die NRJ Kampfsporttrainings und Propaganda-Aktionen durch oder traf sich in NRJ-Bekleidung zu einem „Neujahrstreffen“ in einer Bowlingbahn.

Bei Veranstaltungen der AfD kam es ebenfalls viermal zu rassistischen Vorfällen. Ein Beispiel ist die AfD-Kundgebung am Prerower Platz im August unter dem Motto „Es wird uns zu bunt! Lichtenberg ist voll!“, an der etwa 200 Personen teilnahmen. Bei mehreren Redebeiträgen kam es zu Aussagen, die als rassistisch gewertet werden können, etwa als ein Redner Geflüchteten pauschal unterstellte, Fluchtursachen zu erfinden. Zudem brachten er und ein weiterer Redner Geflüchtete in rassistischer Weise mit Gewaltkriminalität in Verbindung. Diese Veranstaltung fügt sich in ein gesellschaftliches Klima ein, in dem Geflüchteten die Schuld an sozialen Missständen zugeschrieben wird. In der Nähe der Veranstaltung protestierten rund 250 Menschen auf zwei Gegenkundgebungen.

Exkurs

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen als Zielscheibe

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 22 Vorfälle dokumentiert, bei denen Jugendeinrichtungen von der extremen Rechten als politische Gegner*innen markiert wurden. In den meisten Fällen handelte es sich um Einrichtungen in Neu-Hohenschönhausen, bei denen extrem rechte Flyer, CDs und weiteres Propagandamaterial in Briefkästen eingeworfen wurden. Teilweise waren diese Einwüfe mit abgerissenen Aufklebern antifaschistischer Botschaften verbunden. Zudem wurden an den betroffenen Einrichtungen Hakenkreuze und extrem rechte Aufkleber entdeckt, was als gezielter Einschüchterungsversuch und Vereinnahmung öffentlicher Räume durch rechte Akteure zu deuten ist. Das Erstarken einer extrem rechten Jugendkultur unterstreicht die Bedeutung von Jugendfreizeiteinrichtungen (JFEs) als

Orte des demokratischen Zusammenlebens und der diskriminierungsfreien Begegnung.

Die Aktivitäten der extremen Rechten beschränkten sich jedoch nicht nur auf Einschüchterungsversuche und Propaganda, sondern umfassten auch gezielte Versuche, Jugendliche für ihre Ideologie zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür sind die Aktivitäten der Partei „Der III. Weg“, die am 18. Januar vor der Mildred-Harnack-Schule versuchte, Jugendliche zu gewinnen. Daher ist es entscheidend, Fachkräfte in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen gezielt zu unterstützen und Weiterbildungs- sowie Austauschformate anzubieten, die auch den Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen und Bedrohungen durch die extreme Rechte thematisieren.



Auswahl an Propaganda, die einem Jugendclub regelmäßig in den Briefkästen geworfen wurde

Ort der Vorfälle:

Neu-Hohenschönhausen

Im Jahr 2024 verzeichnete Neu-Hohenschönhausen den stärksten Anstieg diskriminierender und extrem rechter Vorfälle mit einem Zuwachs von über 65 %. Besonders auffällig war die verstärkte Präsenz extrem rechter Akteur*innen, was sich in der hohen Zahl von Aufklebern und Graffiti zeigte, die für extrem rechte Gruppierungen warben.

Von den vier dokumentierten Angriffen sowie zehn Bedrohungen und Beleidigungen konzentrierten sich viele auf das Ostseevierviertel, insbesondere rund um den Prerower Platz. Ein Arzt in der Zingster Straße wurde über Monate hinweg rassistisch bedroht: Er erhielt Drohschreiben, seine Praxisfenster wurden eingeschlagen, und vor dem Eingang wurde Hundekot hinterlassen. Im Internet wurden zudem diffamierende Kommentare über ihn verbreitet.

Alt-Hohenschönhausen

Auch in Alt-Hohenschönhausen stiegen die Vorfallszahlen. Eine Geflüchtetenunterkunft war wiederholt Ziel rassistischer Angriffe, darunter Steinwürfe und Drohanrufe. Mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen wurden extrem rechten Anfeindungen ausgesetzt. In 20 Fällen wurden Aufkleber, Graffiti und Propagandamaterial in Briefkästen als extrem rechte Einschüchterungsversuche dokumentiert.

Der BFC Dynamo hat seine Heimspielstätte in Alt-Hohenschönhausen. Rund um das Stadion wurden extrem rechte Aufkleber festgestellt und es kam zu Vorfällen von extrem rechten Pöbeleien und Bedrohungen. Ein Beispiel ereignete sich im Juni an der Tramstation Sandinostraße, als ein Mann den Hitlergruß zeigte und „Hier regiert der BFC“ rief.

Lichtenberg-Nord

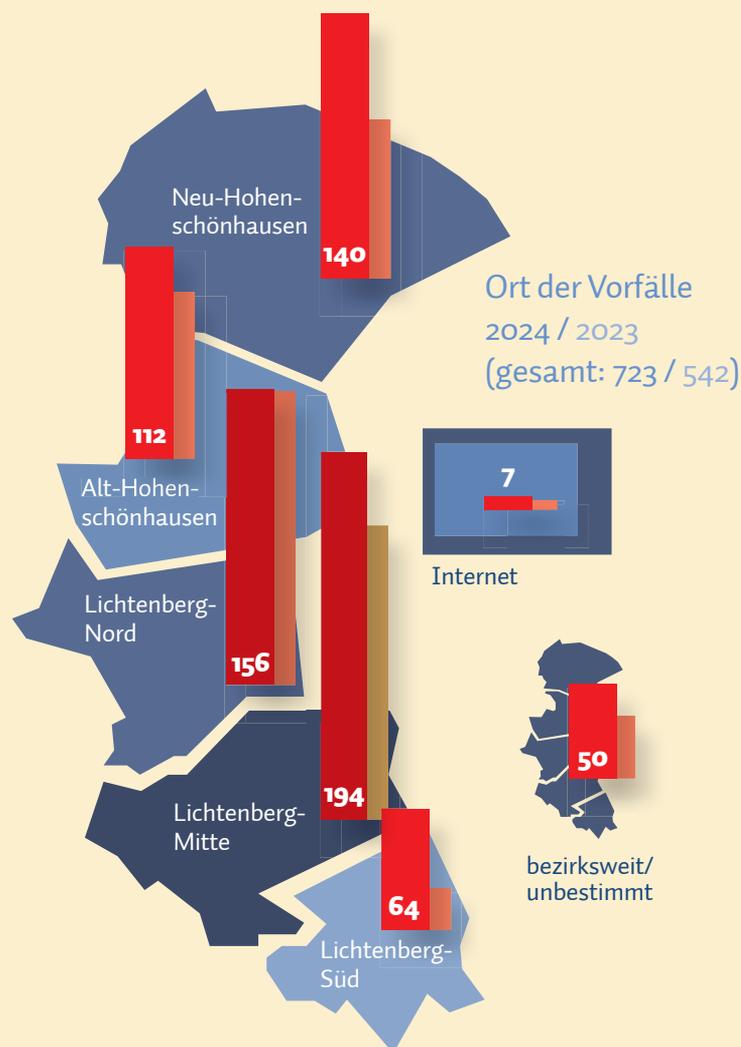
Während in den anderen Lichtenberger Ortsteilen die Vorfallszahlen stiegen, blieb sie in Lichtenberg-Nord mit 156 Fällen konstant. Die 19 Bedrohungen und 4 Angriffe konzentrierten sich vor allem auf das Gebiet entlang der Frankfurter Allee, wo viele Vorfälle in oder nahe öffentlichen Verkehrsmitteln stattfanden. Ein U-Bahn-Fahrer beleidigte an der Station Magdalenenstraße zwei Fahrgäste rassistisch und rief „Typisch Kanaken“. Als Fahrgäste ihn darauf ansprachen, schwieg er und setzte die Fahrt fort.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Roederplatz, ein zentraler Knotenpunkt im Fennpfuhl. Hier wurden zahlreiche extrem rechte Aufkleber sowie drei Bedrohungen dokumentiert. In einem Fall wurde eine Familie in einer Bäckerei rassistisch beleidigt. Nachdem sie nach dem Preis einer Ware gefragt hatte, entgegnete die Verkäuferin: „Lernt Deutsch, ihr Viecher!“ und „Euch Gesindel verkaufe ich nichts.“

Lichtenberg-Mitte

Wie in den Vorjahren wurden die meisten Vorfälle in Lichtenberg-Mitte dokumentiert, etwa ein Drittel aller dokumentierten Fälle. Darunter waren 25 Bedrohungen und Beleidigungen sowie 7 Angriffe. Der Schwerpunkt lag im Weitlingkiez rund um den S- und U-Bahnhof Lichtenberg, einem zentralen Verkehrsknotenpunkt, den täglich mehr als 80.000 Menschen nutzen.

Dort wurden 2024 ein Angriff und sechs Bedrohungen dokumentiert. Im April wurde eine Person, die auf die S-Bahn wartete, von einem Mann LGBTIQ*-feindlich bedroht. Er stellte sich dicht neben sie und flüsterte ihr ins Ohr: „Spring vor den Zug du Schwuchtel!“. Im Dezember führte die An- und Ab-



reise einer neonazistischen Demonstration über den Bahnhof Lichtenberg. Dabei zeigten zahlreiche Teilnehmer*innen das „White-Power“-Handzeichen, eine Person zeigte den Hitlergruß und sie pöbelten lautstark Passant*innen an, die sie als Antifaschist*innen identifizierten.

Lichtenberg-Süd

Auch in Karlshorst konnte ein starker Anstieg der Vorfallszahlen dokumentiert werden, allerdings blieben sie im bezirkswweiten Vergleich mit 64 Fällen weiterhin auf einem eher niedrigen Niveau.

Drei der sieben dokumentierten Bedrohungen in Karlshorst waren queerfeindlich motiviert und fanden in der Treskowallee statt. Beispielsweise wurde eine Fußgängerin auf der Treskowallee transfeindlich bedroht. Ein Mann rief aus einem Auto beleidigend: „Schwanzmädchen“. Die Mitfahrer lachten.

Bezirkswweit & Internet

Unter der Kategorie „bezirkswweit“ wurden Vorfälle erfasst, die aus Rücksicht auf die Betroffenen stark anonymisiert wurden. Dazu zählen unter anderem Fälle von rassistischer oder ableistischer Diskriminierung in Behörden, bei denen eine Veröffentlichung für die betroffenen Personen nachteilige Folgen haben könnte. Online-Drohungen gegen Politiker*innen oder rassistische Hetze in Facebook-Gruppen wurden dem digitalen Raum („Internet“) zugeordnet. Beispielsweise wurde in einer lokalen Facebook-Gruppe ein Artikel zu den geplanten Geflüchtetenunterkünften rassistisch kommentiert. Unter anderem wurde die Falschinformation verbreitet, dass Wohnraum nur noch an „Ausländer“ vermietet werden würde.



Exkurs

Rassistisches Mobbing und Bedrohungen am Wohnort

Der eigene Wohnort sollte ein Rückzugsort sein, an dem sich Menschen wohl und sicher fühlen. Wenn Bedrohungen und Mobbing in diesem vertrauten Umfeld auftreten, kann das zu Angst, Stress und einem ständigen Gefühl der Unsicherheit führen. In mehreren Fällen kam es in Lichtenberg zu rassistischem Mobbing und Bedrohungen am Wohnort, oft über längere Zeiträume hinweg. Die Betroffenen berichten, dass ihnen Tierkot in die Kinderwagen gelegt und rohe Eier in die Briefkästen geworfen wurden. Zudem wurden diffamierende Zettel und rassistische Aufkleber an Briefkästen, Klingelschildern und Wohnungstüren angebracht. Auch das Aufhängen beleidigender Zettel im Treppenhaus und das Anbringen rassistischer Aufkleber mit Aufschriften wie „Remigration“ an Haustüren waren Vorkommnisse, die das Lichtenberger Register dokumentiert hat. Zwei besonders gewaltvolle Fälle sollen hier hervorgehoben werden:

Zum einen wurde einer Mutter, die mit ihren Kindern in der Konrad-Wolf-Straße wohnte, durch einen Zettel an der Wohnungstürklingel mit dem Tod gedroht. Zum anderen gab es eine versuchte Brandstiftung aus rassistischer Motivation in der Zingster Straße im Dezember. Ein Nachbar schüttete Benzin an die Wohnungstür des Betroffenen und ging, um ein Feuerzeug zu holen. Nur weil der Betroffene den Benzingeruch in seiner Wohnung wahrnahm und die Polizei alarmierte, konnte Schlimmeres verhindert werden.

Diese Vorfälle verdeutlichen, wohin rassistische Schikane und Bedrohungen im schlimmsten Fall führen können. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, nicht wegzuschauen, wenn man im eigenen Wohnhaus rassistische Vorfälle beobachtet. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, ein sicheres und respektvolles Umfeld für alle zu schaffen.

Fazit

Im Jahr 2024 verzeichnete das Lichtenberger Register erneut einen Anstieg der dokumentierten Vorfälle. Zentrale Entwicklungen waren der Anstieg rassistischer Gewalttaten sowie Aktivitäten gegen Menschen, die sich gegen Diskriminierung und Neonazismus engagieren. Zudem zeigte sich die verstärkte Präsenz extrem rechter Gruppierungen in einem deutlichen Zuwachs extrem rechter Propaganda.

Die zunehmenden Aktivitäten der extremen Rechten konnten dank der zahlreichen Meldungen aus der Lichtenberger Zivilgesellschaft umfangreich dokumentiert werden. Rund 80 % der Vorfälle wurden von engagierten Einzelpersonen gemeldet, weitere 15 % von anderen Dokumentations- und Beratungsprojekten an uns weitergegeben. Fünf Prozent speisen sich aus der medialen Berichterstattung und Polizeimeldungen.

Durch diese Meldungen wurden die Erfahrungen von Menschen, die von Diskriminierung und extrem rechter Gewalt betroffen sind, sichtbar gemacht. Sie dienen zugleich als Grundlage für Politiker*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und politisch engagierte Initiativen, um gezielte Maßnahmen gegen Diskriminierung zu entwickeln.

Wir danken allen, die extrem rechte Propaganda entfernen und melden, bei Diskriminierung eingreifen und bei Angriffen Zivilcourage zeigen. Unser besonderer Dank gilt auch unseren Kooperationspartner*innen für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Jahresberichte des Berliner Registers

Jährlich veröffentlichen die Berliner Registerstellen ihren gemeinsamen Jahresbericht. Sie enthalten Einschätzungen und Statistiken zu den zwölf Berliner Bezirken, ergänzt durch Analysen zur Situation in Berlin und Texten zu der Entwicklung im klassischen Neonazismus und zur „Neuen“ Rechten, Vorstellungen von Kooperationspartner*innen und weitere Register-relevanten Themen.

Digital nachzulesen sind sie hier:
berliner-register.de/publikationen

